

# Mit Reformen in die Zukunft

Die Kirche ist vielen Katholiken fremd geworden. Die Institution war einst auch ihre Heimat. Jetzt fehlen Priester, Gläubige und Einnahmen. Die Bistümer reagieren darauf mit einer Umstrukturierung

Von Hubert Obermaier

Bilder von Priesterweihen werden seltener, zugleich die von menschenleeren Kirchenbänken mehr. Die Erosion kirchlichen Lebens auf allen Ebenen verstärkt sich. Längst treten auch Menschen aus, die lange Jahre in den Gemeinden hoch engagiert waren. Doch die Missbrauchsskandale, der allzu lange verheerende Umgang damit und Enttäuschungen über das Tempo katholischer Reformbereitschaft lassen vielen Gläubigen offenbar keine andere Wahl. Statt unter dem Dach der Kirche leben sie notgedrungen lieber theologisch obdachlos. Damit Kirche für die Menschen in ihren Orten lebbar und lebendig bleibt, stellen sich die Diözesen Regensburg und Passau sowie das Erzbistum München-Freising einem größeren Reformprozess. Es wird viel Zeit und Energie in einen Weg in die Zukunft investiert, ein Prozess, der noch Jahre dauern wird. Wir haben nachgefragt.

**Bistum Regensburg:** Dort sitzt mit Rudolf Voderholzer einer der entschiedensten Reformverweigerer und Gegner des Synodalen Weges. In seinem Bistum sind 2022 die Austrittszahlen bundesweit prozentual am stärksten gestiegen: um mehr als 70 Prozent, in Zahlen: von 14000 auf fast 24000. Diese ernüchternde Statistik, die die Deutsche Bischofskonferenz Ende Juni präsentiert hat, ist nicht überraschend, ihre Dynamik allerdings schon.

Im Bistum Regensburg leben 1,1 Millionen Katholiken, wie ein Pressesprecher mitteilt. Davon gehen durchschnittlich 83000 Gläubige an den Sonntagen in die Kirche. Das sind 7,5 Prozent. „Regensburg liegt mit den Gottesdienstbesuchern im bundesweiten Vergleich im oberen Bereich, weit vor vielen anderen deutschen Bistümern“, kommentiert Jakob Schötz die Zahlen und ergänzt mit Blick auf die aktuellen Zahlen: „Zwar sind die Austrittszahlen in der ersten Jahreshälfte 2023 immer noch auf hohem Niveau, sind aber im Vergleich zu 2022 bereits stark zurückgegangen“.

Wie in anderen Diözesen sinkt die Zahl der Mitglieder und die der Priesteramtskandidaten, auch finanzielle Spielräume werden enger. Das sind Gründe genug für die Bistumsleitung, die Diözese neu aufzustellen. „Pastorale Planung 2034“ heißt das Projekt. Auf geistlicher und organisatorischer Ebene soll das Bistum Regensburg deswegen weiterentwickelt werden. Der



Regensburgs Bischof Rudolf Voderholzer  
Foto: Armin Weigel/dpa

strukturelle Umbau bedeutet konkret: Die insgesamt 631 Pfarreien werden neu aufgeteilt.

Seit drei Jahren schon läuft dieser Prozess. Bis 2034 sollen einzelne Kirchengemeinden zu Pfarreiengemeinschaften zusammengelegt werden, und zwar solche, in denen es keine Priester mehr gibt oder perspektivisch Pfarrstellen nicht mehr besetzt werden können. Das schrei-



Leere Kirchenbänke in der Frauenkirche in München: Der katholischen Kirche laufen die Gläubigen zu Tausenden davon.

Foto: Sven Hoppe/dpa

be das Kirchenrecht vor, erklärt Bistumssprecher Schötz und schiebt die Begründung gleich hinterher: Nur ein geweihter Priester dürfe eine Pfarrei leiten.

Konkret bedeutet das an vielen Orten, dass Gemeinden fusioniert und größere Einheiten geschaffen werden. Dabei zählen noch andere Kriterien. So orientiert sich das Bistum beispielsweise danach, wie viele Katholiken es in einer Pfarreiengemeinschaft zu betreuen gilt, wie viele Kirchenverwaltungen und Pfarrgemeinderäte es gibt oder wie viele Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft dazugehören. Das sind zum Beispiel Kindertagesstätten, Sozialstationen oder Altenheime. Zudem müssen kommunale Grenzen berücksichtigt werden.

Und für die Priester, die sich ohnehin schon oftmals als Einzelkämpfer im Auftrag des Herrn aufreihen, weil sie direkt von der Taufe schon zur nächsten Beerdigung eilen müssen, sowie für die pastoralen Mitarbeiter bedeutet dies weitere Strapazen. Auf sie kommen mehr Sitzungen zu, sie müssen zusätzliche Verwaltungsaufgaben übernehmen, längere Fahrtstrecken zurücklegen und größere Gebiete betreuen, um auf Dauer noch flächendeckend Seelsorge gewährleisten zu können.

Und welche Folgen hat die Strukturreform für die Gläubigen? „Für sie gibt es keine unmittelbaren Auswirkungen“, versichert Bistumssprecher Schötz. Er macht aber zugleich klar: „Die Pfarreien müssen enger zusammenrücken und alle Gläubigen müssen sich in das Leben ihrer Pfarrei einbringen, um die vielfältigen Charismen der Ortskirche lebendig zu halten.“

Eine weitere einschneidende Veränderung ist bereits abgeschlossen: der Zuschnitt der Dekanate. Sie sind die administrative Zwischenebene, also die Schnittstelle zwischen Bistum und Pfarreien. Aktuell ist die Diözese Regensburg in 15 Dekanate gegliedert. Zuvor gab es 33 Dekanate. Die Zahl wurde also mehr als halbiert, das heißt: Es gibt weniger, dafür größere Dekanate.

Dem Beschluss zur strategischen Neuausrichtung des Bistums vorausgegangen ist nach Angaben des Pressesprechers eine breit und offen angelegte Beteiligung. Eine Arbeitsgruppe der Diözese hat die „Pastorale Planung 2034“ vorbereitet. Danach ist ein bis heute andauernder Diskussionsprozess gestar-

tet, bei dem die betroffenen Gremien wie auch die Pfarrgemeinderäte und damit Laien einbezogen werden. „Es kann sich also jeder einbringen, damit gemeinsam sinnvolle Lösungen gefunden werden können“, sagt Schötz.

**Bistum Passau:** Bischof Stefan Oster kann dem Synodalen Weg ebenfalls kaum etwas Gutes abgewinnen und steht dem Reformprojekt ablehnend gegenüber. So, wie der Prozess bisher verlaufen sei, habe er Polarisierungen vielfach verstärkt,



Passaus Bischof Stefan Oster  
Foto: Armin Weige/dpa

sagte er kürzlich in einem Interview. Oster muss gerade offenen Auges zuschauen, wie auch in seinem Bistum die Mitglieder in Scharen die Institution Kirche verlassen. In Passau traten im vergangenen Jahr 9338 Menschen aus, ein Plus von 63,7 Prozent (2021: 5703). Diese Entwicklung sei „erschreckend“, beschreibt Oster die Negativspirale. Von den etwa 430000 Katholiken besuchen noch rund 31000 regelmäßig die Gottesdienste. Das sind knapp 7,2 Prozent aller Gläubigen.

Das Bistum Passau hat schon vor knapp zehn Jahren damit begonnen, sich diesen zunehmend dramatischen Veränderungen zu stellen. Im Jahr 2014 läutete die Diözese einen „pastoral-strukturellen Erneuerungsprozess“ auf verschiedenen Ebenen ein, wie uns eine Sprecherin auf unsere Anfrage mitteilt. Für diesen selbstverordneten Umbruch, eine Mischung aus Gesundheitschumpfen und Neuanfang, setzt sich das Bistum nicht unter Zeitdruck. Ein Enddatum gebe es nicht, heißt es. Es ist alles im Fluss.

In einem ersten großen Schritt sind 2019 insgesamt 18 sogenannte Verwaltungszentren geschaffen worden. Dort werden die Ressourcen gebündelt und weiter professionalisiert. Schlankere und effektivere administrative Prozesse erleichtern den Priestern und ihren Gemeinde- und Pastoralreferenten sowie den Ehrenamtlichen die Arbeit. Das gibt ihnen wieder mehr Spielraum für die seelsorgerische Betreuung in ihren Gemeinden. Diese Verwaltungszentren hätten sich inzwischen etabliert, sagt Pressesprecherin Monika Zieringer.

Das liegt wohl auch daran, dass das Bistum verschiedene Gremien, Einrichtungen und vor allem auch Gläubige und Ehrenamtliche von Beginn an mit in die Entwicklung eingebunden hat. Dabei beschäftigt sich die Kirche von Passau vor allem mit der Frage, wie der Urauftrag der Kirche – die Verkündigung des Evangeliums – gelingen kann. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Seelsorge. Hier geht es darum, neue Wege zu finden.

**Erzbistum München und Freising:** Der Missbrauchsskandal der katholischen Kirche und ihr Umgang damit hat auch das Erzbistum München und Freising stark erschüttert. Auch hier laufen die Gläubigen der Kirche in Tausenden davon. 2022 traten dort 49029 Menschen aus. Nach der Veröffentlichung des Missbrauchsgutachtens am Anfang des Jahres sind im Regierungsland von Kardinal Reinhard Marx statt bis dahin durchschnittlich 80 Christen pro Arbeitstag doppelt so viele ausgetreten: 160 jeden Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag. 2021 waren es 35323 Kirchaustritte. Das ist ein Anstieg um 38,8 Prozent. Zum 31. Dezember 2022 gab es noch knapp 1,5 Millionen Katholiken im Erzbistum.

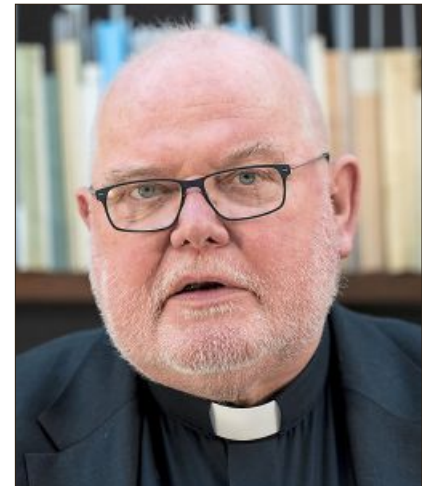
Wegen dieser rasanten Entwicklung nach unten, geht die Erzdiözese grundlegende Reformen an, hält dabei aber an der bisherigen Struktur von Pfarreien und Pfarrverbänden fest. Es gebe „keinen aktiven Prozess, Pfarrverbände zu vergrößern“, wie eine Pressesprecherin mitteilt. Dennoch steht es den Pfarreien und Pfarrverbänden frei, sich zu einer größeren Einheit zusammenzuschließen. Diese müssten eine Fusion aber von sich aus beantragen, teilt die Pressestelle mit.

Weil es auch im Erzbistum Mün-

chen und Freising immer weniger Priester gibt, sei es denkbar, dass künftig ein Pfarrer zwei Pfarrverbände leitet oder Teams aus haupt- und ehrenamtlichen Laien die Gemeinden leiten, heißt es aus dem Erzbischöflichen Ordinariat. Diese alternativen Leitungsmodelle seien schon heute in Ausnahmefällen oder in den Übergangsphasen gängige Praxis.

Beauftragt von Kardinal Marx, setzt das Erzbistum darauf, die Zahl der Dekanate zu verkleinern, diese aber zugleich schlagkräftiger aufzustellen. Aus den bisher 40 Einheiten sollen 18 werden, wie die Pressestelle dazu mitteilte. Mit einer Stärkung der mittleren Ebene solle eine zukunftsfähige Struktur geschaffen werden, ein Knotenpunkt für vernetztes Handeln. Zugleich soll sie für bessere Rahmenbedingungen sorgen, um die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen zu verbessern, zum Beispiel bei der Seelsorge für Jugendliche, Kranke oder alte Menschen.

So sollen sich in den ländlich geprägten Seelsorgsregionen Nord und Süd die Dekanatsgrenzen stärker an den Landkreisgrenzen orien-



Kardinal Reinhard Marx, Erzbischof von München und Freising  
Foto: Sven Hoppe/dpa

tieren, in der Seelsorgsregion München an geografischen Gegebenheiten, der Infrastruktur und den Sozialräumen. Die Überlegungen der Erzdiözese zur Dekanatsreform würden in einem Informations- und Konsultationsprozess mit hauptamtlichen Gremien und Laiengremien diskutiert, sodass auch die Meinung vor Ort in den Diskussionsprozess einfließen könne.